

Haushalts-Rede 2011 der SPD-Fraktion Stadtallendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

lassen Sie mich wie jedes Jahr beginnen mit dem Dank an all diejenigen, die zur Erstellung des diesjährigen HH-Plans beigetragen haben. Auch in diesem Jahr zeigt der Plan, dass mit viel Aufwand ein schwieriges Werk vollbracht wurde. Dafür den Dank meiner Fraktion und von mir.

Beginnen bei meinen Ausführungen will ich mit den beiden Eigenbetrieben.

Da ist zunächst der Wirtschaftsplan der **Stadtwerke**.

Hier ist besonders positiv hervorzuheben, dass auch in diesem Jahr keine Gebührenerhöhungen eingeplant sind, bzw. werden mussten.

Der planerisch ausgewiesene Gewinn von 43 T€ wegen des gestiegenen Verbrauchs der Industrie zeigt, dass der Erfolgsplan die Voraussetzungen für eine positive Bewertung aufweist.

Gleiches gilt für den Vermögensplan, der ein Volumen von 2,15 Mio. € ausweist. Die größten Einzelmaßnahmen sind im Bereich Abwasser die Leitung im Bereich Waldstraße mit 600 T € und die Kanalsanierungen in Niederklein mit 250 T€. Für die energetische Sanierung des Hallenbades sind Planungskosten von 250 T € angesetzt. Wir werden auf diese Maßnahmen ja noch im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der CDU kommen. Allerdings möchte ich klarstellen, dass es, egal welche Lösung man anstrebt, nicht ohne Mittel für Planungskosten geht.

Alle Maßnahmen können unsere Unterstützung finden, so dass insgesamt der Wirtschaftsplan der Stadtwerke auch eine Zustimmung von uns erhalten wird.

Genauso positiv fällt die Beurteilung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs für **Dienstleitungen und Immobilien** aus.

Der Erfolgsplan ist ohne einen städtischen Zuschuss zur Defizitabdeckung ausgeglichen bei einem Volumen von 8,06 Mio. €.

Der Vermögensplan beläuft sich auf 7,28 Mio. €.

Der investive Bereich ist sehr umfangreich: Schlussrate für den Neubau der 6-gruppigen Kinderkrippe (0,25 Mio. €), Eigenanteil bei der Behebung des

Brandschadens an der Mehrzweckhalle (0,15 Mio. €), Schlussrechnung Neubau der Rettungswache (0,2 Mio. €), Erwerb der Postimmobilie (1 Mio. €), Sanierung und Erweiterung der Schillerstraße (1,26 Mio. €) und der Neubau des Baubetriebshofs mit 0,2 Mio. €. Das alles sind Maßnahmen, die wir hier in der Stadtverordnetenversammlung abgesegnet haben, und die unsere Zustimmung finden.

Auch bei diesem Wirtschaftsplan werden wir Sozialdemokraten zustimmen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich jetzt zum Haushalt der Stadt an sich kommen.

Sehen wir uns zunächst die **Eckdaten des Haushalts** an:

55,85 Mio. € ordentlichen Erträgen stehen 59,33 Mio. € ordentliche Aufwendungen gegenüber. Das macht 3,476 Mio. € Defizit im ordentlichen Ergebnis.

Damit weist der Plan erneut ein Defizit im Ergebnishaushalt aus. Fast könnte man sagen, „wie gewohnt“.

Mit 4,27 Mio. € schlagen sich die Investitionen im Finanzhaushalt nieder. Für diese Investitionen sind 1,36 Mio. € neue Kreditaufnahme vorgesehen.

Insgesamt 0,43 Mio. € beträgt der jahresbezogene Finanzmittelfehlbedarf im Finanzplan.

Soweit die einfachen, durchaus nicht erbaulichen Zahlen.

Lassen Sie uns die **Veränderungen** näher anschauen:

Die ordentlichen Erträge steigen um unglaubliche 19,27 Mio. €. Das sind 54,3 % mehr als im Vorjahr veranschlagt. Und dabei war 2010 doch das Jahr des Hessentags. Wie ist das zu erklären:

Da ist zunächst als bedeutsamste Position die Steigerung bei den Steuern zu nennen: 4,1 Mio. € mehr fließen in die Stadtkasse. Das ist sehr erfreulich, lässt es uns doch hoffen, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die von unverantwortlichen Zockern in den Finanzzentralen hervorgerufen wurde, langsam überwunden sind.

Aber die größte Veränderungsposition mit 14,58 Mio. € ist die Auflösung von Rückstellungen für den Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, hier zeigt sicher wieder einmal, dass die Umstellung auf doppische Haushaltsführung dazu geführt hat, dass in kommunalen Haushalten fast nichts mehr Bestand hat. Von Jahr zu Jahr lassen sich Leute, die doch angeblich die

Umstellung mit langen Planungen vorbereitet haben, neue „Strukturelemente“ einfallen.

Ohne dass es gegenüber der bisherigen Praxis monetär eine Veränderung bringt, wird durch eine neu eingefallene Vorschrift der Haushalt um fast 15 Millionen im Volumen erhöht. Wer soll da noch als einfacher vernunftbegabter Mensch glauben, dass Haushaltszahlen eine belastbare Bedeutung und Auswirkung haben. Man hat den Eindruck, als würde jemand die finanzielle Situation der Kommunen durch ein höheres Volumen bewusst schönfärben wollen, um von der tatsächlichen Klammtheit in den kommunalen Kassen abzulenken. Einer Landesregierung, die den Kommunen in Hessen ohne weiteres 360 Millionen € entzieht, sind auch solche Finten zuzutrauen.

Die ordentlichen Aufwendungen zeigen eine Steigerung von 15,83 Mio. €, das entspricht 37,1 % des Volumens.

Auch hier ist die größte Veränderungsposition mit 16,26 Mio. € die neu eingeführten Rückstellungen für den Finanzausgleich, deren Auflösung bei den Erträgen uns schon begegnet ist. Damit steigen die Kostenerstattungen und Umlagen insgesamt um 15,6 Mio. €.

Darin enthalten sind 448 T € Kompensationsumlage und 500 T € Rückstellung für diese Umlage. Damit müssen wir rund 450 T € für eine neu eingeführte Umlage zahlen, die sich das Land ausgedacht hat, um das Geld den Kommunen wegzunehmen und den Kreisen zuzuführen. Das ist kalte Umverteilung! Die Kreise können dann großzügig angeblich auf Kreisumlagererhöhungen verzichten, wie bei uns im Kreis geschehen. Das Geld der Kommunen haben sie trotzdem bekommen. Auch diese Entscheidung der Landesregierung beweist, dass für die Funktionsfähigkeit des kommunalen Gemeinwesens die CDU-geführte Landesregierung das schlechteste ist, was man sich vorstellen kann.

Lassen Sie mich zurückkommen zu den ordentlichen Aufwendungen allgemein.

Im Einzelnen **steigen** bei den ordentlichen Aufwendungen die Personalkosten um + 608 T €, die Abschreibungen um + 113 T € und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um + 284 T €.

Gesunken sind die Versorgungsaufwendungen um - 58 T €, die Kosten für Sach- und Dienstleistungen um - 649 T € und die Transferaufwendungen um - 46 T €.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen bei den Personalaufwendungen um 18,3 % (von 3,33 auf 3,94 Mio. €), die Versorgungsaufwendungen sinken um 3 % (von 1,92 auf 1,86 Mio. €). Insgesamt ergibt das eine Steigerung von 10,5 % (von 5,25 auf 5,8 Mio. €). Als Erläuterung werden dabei vor allem die Personalkosten der neuen Kita angeführt, die in diesem Jahr vollständig enthalten sind.

Personalkostensteigerungen in dieser prozentualen Größenordnung sind nicht so, dass sie als normal angesehen werden können. Sie zeigen hier, welchen Stellenwert die Kinderbetreuung in unserer Stadt einnimmt. Und die Sinnhaftigkeit von

Investitionen in die Ausbildung und Zukunft der Kinder wird hoffentlich von niemandem in diesem Haus bestritten.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken um rund 649.000 €, damit um 14,34 %.

Bei dieser Kostengruppe kommen die Verbesserungen vor allem durch den Wegfall von 210 T € für die Planung eines Radwegekonzeptes und 120 T € für die Erfassung der Gebäudeleerstände, aber auch durch 310 T € um die die Instandhaltung von Sachanlagen reduziert wurde. Diese Kürzung ist in diesem Jahr nach den umfangreichen Maßnahmen im Kontext des Hessentages durchaus sinnvoll vertretbar.

Die Transferaufwendungen sinken um 46.000 €; also um 1,48 %. Dabei ist der größte Verbesserungsposten der mit 130.000 € weggefallene Defizitgleichgewicht an Dul. Diese Verbesserung wird zum größten Teil aufgezehrt durch die höheren Zuweisungen an die nicht städtischen Kindertagesstätten wegen der Verbesserung des Betreuungsschlüssels.

Ein Außerordentliches Ergebnis wie letztes Jahr zum Hessentag ist dieses Jahr nicht ausgewiesen. Das ist sachlich richtig. Zu bedauern ist allerdings, dass wir noch nicht das Gesamtergebnis der Kosten des Hessentages haben. Es wäre schön, wenn dies bald erfolgen würde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns als letztes den Finanzhaushalt betrachten.

Sein Fehlbetrag beträgt 0,43 Mio. €, im Vorjahr waren es noch 8,6 Mio. €.

Bei den Investitionen sind 4,27 Mio. € ausgewiesen. Für diese werden 1,36 Mio. € neue Kredite aufgenommen.

Die wichtigsten Investitionen sind:

760 T € im Produkt Grunderwerb, 1,47 Mio. € Straßenbau (u. a. 275 T € Erschließung Gewerbegebiet Nord-Ost, 300 T € Ausbaus der B 454 und 370 T € für die P+R - Anlage am Bahnhof) und 300 T € für die Renaturierung des Münchbachs. Enthalten sind aber auch 100 T € Investitions-Zuschüsse für die Sanierung historischer Ortskerne und 150 T € für den Festplatz in der Kernstadt. Auf diese beiden Positionen werde ich später noch einmal zurückkommen.

Nach den Planungen werden wir am Jahresende 15,42 Mio. € Gesamtschulden haben. Dass darin die Darlehen aus dem Konjunkturpaket II in anderer Form dargestellt werden müssen als erwartet, ist nur eine weitere Facette der nicht nachvollziehbaren Vorgaben von Landesebene, die in ihrer Wirkung zumindest eins erreichen: Es ist für Menschen mit normalen geistigen Fähigkeiten kaum mehr feststellbar, wie die tatsächlichen Verhältnisse im städtischen Haushalt sind. Dies ist

eigentlich unhaltbar. Und es ist aber nicht der städtischen Verwaltung geschuldet, sondern den überbordenden Vorgaben von oben.

Meine Damen und Herren, bereits in der HH-Rede 2010 zitierte ich aus der Einbringungsrede des Bürgermeisters in 2010, in der er ausführte: „Ab 2011 muss es Ruhe bei den Investitionen geben, denn die Investitionen von heute sind die Abschreibungen von morgen und damit ein Teil der Folgekosten.“ Er stellte fest: „Weitergehende Anstrengungen zur Verbesserung der Haushaltssituation sind notwendig, eine grundsätzliche Neudefinition des städtischen Leistungsangebotes muss erfolgen.“

In dieser Einschätzung wurde er schon letztes Jahr ausdrücklich von uns unterstützt. Und ich bekräftige diese Unterstützung auch in diesem Jahr. Allerdings ist meine Fraktion nicht sicher, ob der vorgelegte Haushalt 2011 diesem vom Bürgermeister selbst gesetzten Anspruch auch entspricht.

Für uns Stadtverordnete ist nicht in jedem Fall nachvollziehbar, wie begründet einzelne Ansätze sind. Ob die Investitionen in jedem Fall zwingend sind und ob bei ihrer Umsetzung tatsächlich vor allem der Sparwille herrscht. Hier müssen wir in einem nicht unerheblichem Umfang der Verwaltung vertrauen. Dazu sind wir vom Grundsatz her auch bereit.

Allerdings sind wir zur Überzeugung gekommen, dass wir Stadtverordnete doch in einem größeren Maße als bisher üblich auch die sparsame Umsetzung unserer Beschlüsse kontrollieren müssen. Wir haben daraus die Konsequenzen gezogen, wie man an unserem, später noch zu behandelnden Antrag zum Bau des Baubetriebshofs sieht.

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zu unserer **Bewertung des Haushaltes** als Ganzes:

Seit 2009 gibt es die Notwendigkeit für die Stadt, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, da der defizitäre Haushalt ohne dies nicht genehmigt werden würde.

Meine Fraktion hat sich der Mitwirkung in dem zu diesem Zweck errichteten Arbeitskreis Haushaltssicherung nicht nur nicht verweigert, sondern im Gegenteil: Wir haben von Anfang an konstruktiv und engagiert mitgearbeitet bei den Bemühungen, Verbesserungen des Haushalts zu erzielen. Dabei heißt „Verbesserung“ sowohl Senkung von Ausgaben als auch Erhöhung von Einnahmen.

Und diese einfachen Begriffe bedeuten im Einzelfall Reduzierungen von Zuschüssen, Wegfall von bisherigen Vergünstigungen, Erhöhungen von Eintrittspreisen und / oder Erhöhungen der Steuern. Alles Entscheidungen, die nicht auf ungeteilte Zustimmung der Betroffenen stoßen. Alles keine vergnügungssteuerfähigen Folgen.

Aber wir haben daran mitgewirkt und stehen auch zur Notwendigkeit dieser Konsolidierungsentscheidungen. Denn nur mit wieder soliden Finanzen ist die

Leistungsfähigkeit der Stadt auf Dauer gesichert, und um diese Leistungsfähigkeit für die Bürgerinnen und Bürger geht es meiner Fraktion.

Bei der Entscheidung über den Haushalt 2010 kritisierte meine Fraktion bereits, dass die Verlagerung der negativen Entscheidungen zu Haushaltseinsparungen auf die Stadtverordneten im Arbeitskreis Haushaltssicherung nicht zu vereinbaren ist mit einer Haltung der Verwaltung, die nicht von sich aus auch ganz konsequent auf Sparsamkeit setzt. Wir haben dazu Baumaßnahmen wie den sehr stark verteuerten Blumenbrunnen angeführt, oder auch Investitionen wie Radwegenetzplanung oder Leerstandskataster, die nach unserer Meinung nicht verwirklicht werden können, wenn die städtischen Kassen leer sind. Wir haben uns im letzten Jahr durch die Erläuterungen zu den noch beeinflussbaren Investitionen dazu bewegen lassen, den Haushalt 2010 nicht abzulehnen, sondern uns der Stimme zu enthalten.

Meine Damen und Herren, das war ein großer Vertrauensvorschuss von uns als Opposition!

Aber wir haben bereits im letzten Jahr klar gemacht, dass wir nur bereit sind Haushaltspläne mitzutragen, wenn die von mir bereits genannte Grundvoraussetzung stimmt: **Alle** Beteiligte bemühen sich um größtmögliche Sparsamkeit.

Der Haushalt 2010 und das ganze Jahr waren geprägt von dem besonderen Ereignis Hessentag, weshalb nicht alles in diesem Jahr mit den normalen Maßstäben bewertet werden kann. Aber jetzt geht es um das Jahr 2011, und der Hestentag ist gelaufen.

Der Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung hat seine Arbeit sehr ernsthaft fortgesetzt. Und ist gemeinsam zu einem Ergebnis gekommen, das die Bemühungen des letzten Jahres noch ausweitet.

Dabei gab es auch wieder sehr schwierige Entscheidungen. Ich erwähne hier besonders die Erhöhung der Friedhofsgebühren, die bei den davon Betroffenen heftigen Unmut hervorruft und als gravierende Belastung gesehen wird. Und doch haben wir es gemeinsam – jedenfalls weitgehend gemeinsam – beschlossen und getragen. Auch meine Fraktion!

Für meine Fraktion waren damit die Hoffnung und Erwartung verbunden, dass insgesamt eine Wandlung begonnen hat: Mit unseren Entscheidungen hofften wir, die Zeichen in Richtung Sparsamkeit gesetzt zu haben und gleichzeitig vorgelebt zu haben, dass wir Stadtverordnete politisches Kalkül und Außenwirkung hintanstellen. Denn die Größe der finanziellen Probleme verlangt eine große Anstrengung. Eine Anstrengung, über das normale Maß hinaus, verbunden mit der Bereitschaft, sich anfeinden zu lassen. Für das absolut notwendige Ziel der Sparsamkeit.

Dieser Wechsel, meine Damen und Herren, ist aber nicht gekommen. Das Denken und Handeln in der Verwaltung und von Teilen der Stadtverordnetenversammlung hat sich nicht wirklich geändert. Und das ist niederschmetternd.

Die Richtigkeit meiner Einschätzung erkennt man an den von mir angesprochenen Positionen von 100 T € Investitions-Zuschüsse für die Sanierung historischer Ortskerne und 150 T € für den Festplatz in der Kernstadt.

Dabei gilt der einfache Kernsatz – mein Vorredner hat ihn schon zitiert: Wenn man kein Geld hat, und das ist beim Defizit unsers Haushalts ja wohl so, dann kann man sich Dinge wie diese nicht leisten, egal wie sinnvoll sie im Grunde auch sein können.

Beide Ansätze haben eine unterschiedliche Qualität in der Problematik: Die Investitionszuschüsse gehen auf eine Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung zurück, der Ansatz für den Festplatz kommt aus der Verwaltung. Lassen Sie mich mit diesem beginnen.

Bis zum Dienstag hätte ich hier nur dargelegt, dass ja niemand an der ausreichenden Benutzbarkeit des Festplatzes Zweifel haben dürfte, und man deshalb wegen des Defizits im Haushalt diese Maßnahme für dieses Jahr streichen kann und sie, sobald die Finanzen besser sind, wieder ansetzen kann. So die Einschätzung bis zum Dienstag.

Doch im Ausschuss mussten wir ganz Erstaunliches zu diesem Ansatz hören: Dieses Geld soll gar nicht in den Festplatz verbaut werden. Nein, es ist bereits dort verbaut worden. Im letzten Jahr und zwar mit Mitteln die zur Sanierung des Heinz-Lang-Parks ausgewiesen waren. Und in diesem Jahr soll jetzt dieses Geld wieder für den Heinz-Lang-Park zur Verfügung stehen. 60 T € sind bereits durch Aufträge vergeben für die Bepflanzung des Parks und 90 T € sind für die neu zu errichtende Skateranlage vorgesehen. Aber wohlgemerkt, nicht ausgewiesen als Gelder für den Heinz-Lang-Park, sondern für den Festplatz.

Ich will gar nicht bestreiten, dass der Hessentag vieles verlangt hat, was unkonventionell und pragmatisch gehen musste. Solche Entscheidungen sind - je nach Darlegung im Einzelfall - dann auch verständlich und entschuldbar. Wofür ich aber überhaupt kein Verständnis aufbringe ist, wenn man mehr als ein halbes Jahr später, ohne den Zeitdruck des Hessentags noch zu haben, in einem Haushaltsplan versucht Sachverhalte zu verschleiern.

Angeblich soll uns der doppische Haushalt ermöglichen, die Kosten und Aufwendungen transparent zu erfahren, für jedes Produkt zu wissen, was es kostet. Wie soll das möglich sein, wenn völlig falsche Deklarierungen im Haushaltsplan auftauchen? Wenn Ausgaben für ein Produkt – hier den Hessentag – getätigt werden in ganz anderen Produkten? Wenn meine Fraktion nicht den Antrag zur Streichung des Ansatzes gestellt hätte, dann hätten die Stadtverordneten von dem Vorgang niemals etwas erfahren!

Vielleicht mag man in der Verwaltung sagen, das wäre auch gut so gewesen, dann wäre alles ungestört gelaufen. Aber was ist das denn für ein Verständnis der Aufgaben der Verwaltung und der Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung? Welches Bild – ich möchte fast sagen Feindbild – haben denn die Bediensteten von den Stadtverordneten? Der hier gezeigte Glaube, dass Vertuschen und Mäuscheln im Einzelfall geeignete Mittel sind, lässt mich schwer an meinem grundsätzlichen Vertrauen in die Mitarbeiter der Verwaltung zweifeln.

Ich bin sicher, jeder in diesem Haus hätte bei begründeter Darlegung der Abläufe und des Sachverhalts Verständnis gezeigt und eine Lösung angestrebt. So muss man jedoch sagen: Eigentlich hätte die Verwaltung es verdient, sie mit dem

angerichteten Schlamassel allein zu lassen. Ihr aus pädagogischen Gründen die Mühe aufzuerlegen, die fehlenden 60 T € für den erteilten Auftrag einzusparen, in ihrem Verantwortungsbereich. Der Bevölkerung zu erklären, warum die zugesagte Skateranlage nicht gebaut wird in diesem Jahr.

Sicher wäre dies eine angemessene Reaktion, vor allem wenn man sich bewusst macht, das keiner von uns Stadtverordneten weiß, wie viele ähnlich gelagerte Fälle von falscher Deklaration es in diesem Haushalt noch gibt. Man mag gar nicht darüber nachdenken.

Die Frage, wie wir mit diesem Vorgang umgehen, konnte meine Fraktion erst heute Abend erörtern.

Und meine Damen und Herren, meine Fraktion hat nach intensiver Beratung sich zu der Haltung entschlossen, wir lassen unsern Antrag weiterhin aufrecht bestehen. Wir sehen keine Notwendigkeit, in irgendeiner Form der Verwaltung aus dem selbst angerichteten Schlamassel heraus zu helfen. Dieses ist das Produkt von Verhaltensweisen, die wir weder gutheißen noch tolerieren können. Wer so etwas anleiert, der mag die Konsequenzen dafür auch selber tragen, weshalb die Entscheidung zum Streichen des Ansatzes für den Festplatz, der ja kein Geld mehr braucht, in sich völlig schlüssig ist.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zu dem zweiten genannten Ansatz kommen, den Investitionszuschüssen für historische Ortskerne. Dass dieser Ansatz – ich sagte es bereits -im Haushalt zu finden ist, ist keine Entscheidung der Verwaltung. Dieser Ansatz geht auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zurück, die eine entsprechende Ausgabenposition beschlossen hat.

Schon bei der damaligen Beratung habe ich für meine Fraktion klar gemacht, dass ein solches Verhalten die gemeinsame Verantwortung für die Sparnotwendigkeiten im Haushalt zerstört. Man kann nicht gemeinschaftlich belastende Entscheidungen treffen und dann – nach getaner Tat – für sich selber herauspicken, an welchen Stellen man die gemeinsamen Sparbemühungen jetzt wieder aufzehrt zu Gunsten von Individualinteressen des eigenen Klientels. Und das steckt hinter dieser Entscheidung, das Verteilen von Wohltaten an die geeignete Stelle.

Meine Damen und Herren von der CDU, das können Sie so wollen und auch so machen. Aber dann tragen wir Sozialdemokraten den Haushalt nicht mit. Ich wiederhole es zum wievielten Mal: Wir beschließen keine gravierenden Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger bei den Friedhofsgebühren, um dann hinterher die fünffache Summe durch Ihre Entscheidungen wieder auszugeben.

Der Verweis auf die Parkplätze in Mitte geht an der Stelle fehl, weil unser Antrag zu den Parkplätzen in Mitte lautet, die Verwaltung möge prüfen, ob es baulich machbar ist, welche einzurichten. Da die Rückmeldung aus der Verwaltung besagte, es geht und es geht am billigsten, wenn man sie jetzt sofort macht und es waren Sie, die die Mehrheit in diesem Hause haben, diesen Antrag mitgetragen. Es war nicht unsere ureigene Idee sofort zu machen, sondern uns ging es darum, dass die Planung für diese Dinge dahingehend überprüft würden. Ich stehe dazu, dass die Entscheidung, die wir damals getroffen haben, auch eine zusätzliche Geldausgabe war, aber erste

Feststellung: Wir haben eine Maßnahme gebaut, die so günstig später nicht mehr gebaut werden konnte. Zweite Feststellung: Wir haben diese Maßnahme gebaut in einem laufenden Haushaltsjahr, in dem eine Verwaltung uns gesagt hat, dass sie durch die Veränderungen im Haushalt in der Lage ist, diese Kosten zu schultern. Das ist eine ganz andere Situation als die jetzt. Wie Sie in der Lage sind, hier auszurechnen, dass die 100.000 EUR, die Sie ausgeben wollen, nicht gepumptes Geld sind, ist schon haarestrebend. Zu sagen, wir haben dort eine Ausgabenposition, die senken wir etwas, damit haben wir das Geld frei und dann so zu tun, als wäre das freie Geld jetzt tatsächlich vorhanden. Wenn man insgesamt Kredite aufnimmt für die Investition, wenn man insgesamt ein Defizit im Haushalt hat, dann ist das ob mans will oder nicht, gepumptes Geld, das man an Menschen weiter verteilt. Und dass man so etwas nicht machen kann vor der Situation des Haushalts, das ist das, was wir versuchen Ihnen klar zu machen. Weil Sie müssen immer dran denken, es handelt sich in dieser Thematik ja nicht – und jetzt komme ich zu möglichen Gründen, die vielleicht eine andere Haltung liefern könnten, um Maßnahmen, die begonnen sind und unbedingt weitergeführt werden müssen. Es handelt sich nicht darum, dass schon etablierte Strukturen bestehen bleiben sollen. Es handelt sich um einen völlig neu geschaffenen Subventionierungsversuch, der vielleicht sogar sinnhaft wäre, wenn man das Geld dafür hätte. Aber wir haben das Geld nicht. Wir müssen die Wohltaten, die Sie verteilen wollen, als Kredite pumpen, als Schulden finanzieren und abtragen. Wahrscheinlich noch zu Zeiten, in denen die damit geschaffenen Dinge schon gar nicht mehr bestehen. Der Ortsbeirat Niederklein und um diesen Stadtteil geht es mir besonders, hat die richtige Entscheidung getroffen. Er hat beschlossen, dass Niederklein an einer Dorferneuerungsmaßnahme interessiert ist. Das unterstützen wir Sozialdemokraten voll und ganz. Das ist der richtige Weg. Mit einer Gesamtplanung für die Zukunft des Stadtteils können dann prioritätengelenkt die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Finanziell gestützt von Bund, Land und Stadt. Vor diesem Hintergrund sollten auch Sie bereit sein, den Ansatz von 100.000 EUR zu streichen. Da es soviel ja nicht beeinflussbare negative Einflussfaktoren auf den Haushalt gibt, darf man an den Stellen, die man selber beeinflussen kann, nicht unsolid agieren. Dann muss man jeden einzelnen Euro zu sparen versuchen, denn jeder jetzt mit Defizit ausgegebene Euro muss irgendwann in Zukunft wieder hereingeholt werden. Und das ist im Allgemeinen schwerer und weniger von einem selber bestimmbar als der Verzicht auf das Ausgeben jetzt. Ich habe es für meine Fraktion angekündigt, wenn diese Ausgabenpositionen im Haushalt bestehen bleiben, dann werden wir den Haushalt nicht mittragen und auch für die Zukunft unsere Erkenntnisse daraus ziehen. Wir lehnen heute den Haushalt der Stadt Stadtallendorf für das Jahr 2011 ab, wenn er nicht geändert wird.

Möge diese Entscheidung ihre Wirkung zum Wohle der Stadt entfalten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.